

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS***Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg*

SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg, Am Alten Sportplatz 24, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den  
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung  
Ginsheim-Gustavsburg  
Herrn Mario Bach

Melanie Wegling  
Fraktionsvorsitzende  
SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg

m.wegling@spd-gigu.de

**13.08.2019****Antrag: Klimanotstand – Es ist mehr als an der Zeit nicht mehr tatenlos zuzusehen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD Fraktion stellt den folgenden Antrag zur Beratung im BUVA und HFA sowie zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg stellt fest, dass die globale Erwärmung auch unsere Kommune erreicht hat. Sie erklärt den Klimanotstand<sup>1</sup> und setzt sich für Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen ein.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die weltweiten Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels bisher nicht energisch genug verfolgt wurden und damit nicht den gewünschten Erfolg zeigen. Denn der „Klimanotstand ist bittere Realität“, wie der neue 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert.
3. Die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg erkennt an, dass dieses Problem nicht von Einzelpersonen in Eigenverantwortung alleine gelöst werden kann. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen zudem nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deswegen müssen auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene deutliche Maßnahmen ergriffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die Stadt Ginsheim-Gustavsburg erklärt darum – wie bereits in anderen Städten weltweit geschehen – den Klimanotstand für unsere Stadt.
4. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt damit an, dass die Eindämmung des von den Menschen verursachten Klimawandels in der zukünftigen Politik höchste Priorität besitzt und grundsätzlich zu beachten ist.
5. Von daher werden in Zukunft alle Entscheidungsvorlagen mit einer Folgeneinschätzung bezüglich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel versehen und auf klimafreundliche Alternativen prioritär geprüft. Darauf aufbauend soll zukünftig ein Nachhaltigkeits-Check für alle Beschlussvorlagen entwickelt und eingeführt werden. Die politischen Entscheidungen des Rates sollen die klimafreundlichen Alternativen regelmäßig bevorzugen
6. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, darzustellen, wo die Stadt Ginsheim-Gustavsburg bei seinen derzeit festgesetzten Klimaschutzzielen konkret steht. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mindestens einmal jährlich in der Stadtverordnetenversammlung über Erfolge und Schwierigkeiten der Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu berichten und beauftragt die

---

<sup>1</sup> Der Begriff Klimanotstand ist dabei symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Verwaltung, die zukünftigen Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Ergebnisse anzupassen. Dieser Bericht wird, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, über die städtische Homepage kommuniziert.

7. Die Anstrengungen der Stadt Ginsheim-Gustavsburg müssen verstärkt und beschleunigt werden, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen. Deswegen stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, dass mit Hilfe eines Konzepts, der Klimaschutz zielgerichtet und konsequent für Ginsheim-Gustavsburg weiterentwickelt werden muss. Um die Erreichung der Ziele sicherzustellen, wird die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Klimaschutzkonzept mit zeitlich festgelegten Maßnahmenvorschläge vorzulegen.
8. Ergänzend zum Klimaschutzkonzept wird ein Konzept zur Klimafolgenanpassung erstellt, in dem Maßnahmen benannt werden, um die heute schon spürbaren Veränderungen des Klimawandels abzufedern. Dies umfasst insbesondere eine Konzeption zum Umgang mit zunehmenden Extremwetter-, Hochwasser- und Überschwemmungsereignissen.
9. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Verwaltung auf, die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und entsprechende Strukturen in der Verwaltung zu schaffen.
10. Die Stadt Ginsheim-Gustavsburg fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2035 vollständig erreicht wird.
11. Des Weiteren fordert die Stadt Ginsheim-Gustavsburg, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

#### Begründung:

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen der heutigen Zivilisation. In der Wissenschaft besteht Einigkeit darüber, dass der Klimawandel durch die vom Menschen verursachten Emissionen klimaverändernder Gase verursacht wird.

Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist.

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die Erderwärmung muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert.

Seitens seriöser Wissenschaftler besteht Einigkeit darüber, dass große Katastrophen wie z.B. ein massiver Meeresspiegelanstieg sowie die Zunahme von Dürren und Extremwetterereignissen mit verheerenden Folgen für weite Teile der Erdbevölkerung nur dann vermieden werden können, wenn es gelingt, die Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dieses Ziel muss in kürzest möglicher Zeit erreicht werden, wenn wir schlimmste Folgen für Mensch und Natur vermeiden wollen.

Die Realität sieht aber anders aus:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr für Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Der Klimawandel ist somit keine wissenschaftliche Hypothese, sondern schon jetzt unerbittliche Realität. Er führt bereits heute zu massiven Schäden und zu Migrationsbewegungen. Er ist eine menschengemachte Katastrophe. Klimaschutz ist daher auch eine Frage des internationalen und generationenübergreifenden Menschenrechts.

Der Klimawandel kostet nicht nur Lebensqualität, sondern auch viel Geld. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich teurer werden als vorbeugende Maßnahmen zum Klimaschutz, wie z.B. die Umstellung auf eine CO2-neutrale Energieversorgung und Mobilität. Jeder Euro für Klimaschutzmaßnahmen ist daher gut investiertes Geld und macht uns zukunftsfähig.

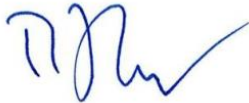
Die Folgen des Klimawandels betreffen auch Ginsheim-Gustavsburg. Die beispiellose Hitze- und Trockenperiode 2018 sowie auch die Stürme und mit Hochwasser verbundenen Starkregen der vergangenen Jahre haben uns bereits deutlich spüren lassen, was dieser Stadt bei zunehmender Klimaerhitzung in verstärktem Ausmaß droht.

Vor diesem Hintergrund muss die Stadt Ginsheim-Gustavsburg den Klimaschutz künftig noch stärker als prioritäre Aufgabe behandeln. Klimaschutz ist nicht nur eine nationale, sondern auch eine kommunale Aufgabe, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Wirtschaft/Industrie. Weltweit haben mittlerweile über 500 Kommunen den Klimanotstand ausgerufen. Ein wegweisendes Beispiel, dem Ginsheim-Gustavsburg als Stadt folgen sollte.

Wir müssen als Stadtverordnete zudem ein eindeutiges Zeichen setzen und der verbreiteten Lobby der Klimaskeptiker und den Klimaleugner aus der AfD entschieden Paroli bieten.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die wir als Stadtverordnete auch vertreten, werden die Auswirkungen weiterer Handlungslosigkeit in aller Deutlichkeit verspüren. Deshalb gehen aktuell seit einigen Monaten weltweit junge Menschen unter dem Titel Fridays for Future auf die Straße. Sie wollen nicht, dass die Politik ihre Zukunft weiter aufs Spiel setzt.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Wegling  
(Fraktionsvorsitzende)